

## In der Senatssitzung am 23. Januar 2024 beschlossene Fassung

Senatskanzlei

18.01.2024

**Frage L 21**

### **Vorlage für die Sitzung des Senats am 23. Januar 2024**

#### **„SPD-Europawahlkampf im Rathaus?“**

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag))

#### **A. Problem**

Die Fraktion der CDU hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

In welcher Funktion war Anika Barlach am 11. Dezember 2023 ins Rathaus eingeladen und was wurde dort besprochen?

Werden alle Kandidatinnen und Kandidaten aus Bremen und Bremerhaven für die Europawahl am 9. Juni 2024 vom Präsidenten des Senats zu einem Gespräch ins Rathaus eingeladen und an wen kann man sich zwecks Terminvereinbarung wenden?

Wie bewertet der Senat das Treffen hinsichtlich der politischen Neutralität des Amtes des Präsidenten des Senats?

#### **B. Lösung**

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

##### **Zu Frage 1:**

Frau Annika Barlach war in ihrer Rolle als Kandidierende für das Europäische Parlament zu einem Gespräch mit dem Bürgermeister Gast im Rathaus. Gesprächsgegenstand waren die Herausforderungen in Europa und die Bedeutung der EU in der aktuellen Zeit.

##### **Zu Frage 2:**

Der Bürgermeister führt tagtäglich Gespräche mit Vertreter\*innen von Institutionen, Verbänden, Gewerkschaften, Parteien, Beiräten und zivilgesellschaftlichen Gruppen. Terminanfragen werden über das Bürgermeisterbüro im Rathaus entgegengenommen und bearbeitet. Dorthin können sich selbstredend auch andere Bremische Kandidierende demokratischer Parteien für das Europäische Parlament wenden.

**Zu Frage 3:**

Gespräche dieser Art stehen nach Auffassung des Senats im Einklang mit den Amtspflichten des Präsidenten des Senats.

**C. Alternativen**

Alternativen werden nicht vorgeschlagen.

**D. Finanzielle/ Personalwirtschaftliche Auswirkungen/Genderprüfung**

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Genderspezifische Auswirkungen ergeben sich nicht.

**E. Beteiligung / Abstimmung**

keine

**F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**

Der Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz steht nichts entgegen.

**G. Beschluss**

Der Senat stimmt der mündlichen Antwort entsprechend der Vorlage zu.